

WOCHENRÜCKBLICK



Thüringer SPD-Innenminister überschreitet seine Zuständigkeit

Zu den jüngsten Äußerungen des thüringischen Innenministers Georg Maier (SPD) zum kommenden Bundesparteitag der AfD in Erfurt erklärt der stellvertretende Bundessprecher Stephan Brandner:

"Dass der Innenminister einer thüringischen Splitterpartei den Bundesparteitag der größten Oppositionspartei und in Umfragen mit Abstand stärksten politischen Kraft des Landes öffentlich als ‚Zeichen der Radikalisierung‘ diffamiert und dazu aufruft, einen legitimen demokratischen Prozess – einen gesetzlich vorgeschriebenen Parteitag – durch Demonstrationen gezielt zu stören und im Ergebnis womöglich gewaltsam zu verhindern, ist ein beispielloser und verfassungswidriger Vorgang.

Als Minister hat Maier die Pflicht zu staatlicher Neutralität und zur Mäßigung. Da ist kein Platz für einseitige politische Agitation, um Bürger gegen eine konkurrierende Partei zu mobilisieren. Im Angesicht ihres Niedergangs verlieren führende SPD-Vertreter panisch jedes Bewusstsein für Rechtsstaatlichkeit und die Grundsätze unserer Verfassung. Die AfD lässt sich aber von der SPD und deren irrlichternden Funktionären weder einschüchtern noch delegitimieren. Unser Bundesparteitag in Erfurt ist Ausdruck gelebter Demokratie und die Stimme einer Mehrheit in Deutschland."





Bundesverwaltungsgericht stellt klar: Verfehlung der Programmvietfalt führt zur Verfassungswidrigkeit

Das Bundesverwaltungsgericht urteilte heute, dass die Erhebung des Rundfunkbeitrags dann mit dem Verfassungsrecht nicht mehr in Einklang stehe, wenn das Gesamtprogrammangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Anforderungen an die inhaltliche und meinungsmäßige Vielfalt und Ausgewogenheit über einen längeren Zeitraum gröblich verfehle.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, begrüßt diese Klarstellung:

"Es steht außer Frage, dass bei ARD, ZDF und Co. die sogenannte Programmvietfalt seit langem nicht mehr gegeben ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich längst zum Sprachrohr der Regierenden entwickelt und ist zum Gegner der Meinungs- und Pressefreiheit sowie -vietfalt geworden. Das Programm erfüllt weder den Bildungsauftrag noch wird es den Ansprüchen an eine Grundversorgung gerecht. Die Klarstellung des Bundesverwaltungsgerichts sollte als Warnschuss verstanden werden, der den Verantwortlichen im Programm zu denken gibt. Zu hoffen ist jetzt, dass der durch die Zurückverweisung wieder zuständige Bayerische Verwaltungsgerichtshof dies umsetzt, kritisch hinschaut und den Zwangsbeitrag kippt."



Brandner in den Medien



Pöbelnde Abgeordnete im Bundestag müssen höhere Strafen zahlen

Schwerwiegendes Fehlverhalten im Bundestag wird künftig teurer: Die Strafge­l­der für Beleidigungen und Pöbeleien steigen. Die AfD spricht von einem »Frontalangriff auf die Opposition«.

FAZ.NET | 17. Okt. 17



Neue Kommunal-Taktik: Wie die AfD die Brandmauer einstürzen lassen will

In Berlin schult die AfD ihre Kommunalpolitiker bei einem zweitägigen Kongress. Dahinter steckt mehr als nur eine Professionalisierung der eigenen Leute. In den Kommunen soll die Union in Bündnisse gelockt...

n-tv | NACHRICHTEN | 17. Okt. 17



Rechte Kampagne gegen die Antifa: AfD stößt auf breite Ablehnung

Die AfD im Bundestag fordert ein Verbot und versucht, die Union dafür zu gewinnen. Deren Abgeordnete setzen unterschiedliche Akzente.

FR. 17. Okt.



AFD-Kommunalpolitiker tagen in Berlin zur Finanzmisere

Die AfD lädt rund 500 Kommunalpolitiker zu einer Tagung nach Berlin ein. Die Finanzmisere ist eines der Hauptthemen, die Stimmung ist prächtig. Brandmauern müsse man nur noch »umpusten«.

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 17. Okt. 17



Zeitumstellung: Eigene Zone für Deutschland? EU streitet über Abschaffung der Sommerzeit

Im EU-Parlament will die CDU die Zeitumstellung abschaffen, im Bundestag die AfD. Doch warum kommt Europa beim Thema Sommer- und Winterzeit nicht voran? Es hat mit Politik zu tun – und einer Vorliebe...

WELT | 17. Okt. 17



Union ringt um Brandmauer: AfD spricht von »Testballons« im Vorfeld der Merz-Klausur

Vor der CDU-Klausur am Wochenende wächst der Druck auf Parteichef Merz. Ostdeutsche Christdemokraten fordern ein Umdenken im Umgang mit der AfD.

Berliner Zeitung | 17. Okt. 17



STEPHAN
BRANDNER

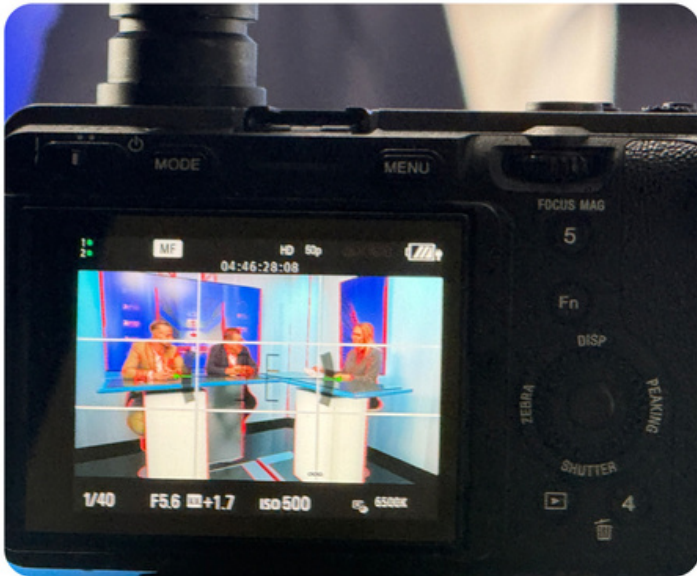
Aktuelle Videos



Pressekonferenz



Videodreh der AfD-Bundestagsfraktion



Medienarbeit



STEPHAN
BRANDNER

Mehr Medienarbeit





1. Kommunalforum Tag 1



1. Kommunalforum Tag 2



Rückblick Plenum, 15. Oktober

Mit den Stimmen aller Fraktion mit Ausnahme der AfD hat der Bundestag am Mittwoch seine Tagesordnung beschlossen. Der Abstimmung ging eine kurze Geschäftsordnungsdebatte voraus, da die AfD der vorgeschlagenen Tagesordnung nicht zugestimmt hatte.

Stephan Brandner (AfD) begründete die Haltung seiner Fraktion damit, dass die Debatte zur geplanten Geschäftsordnungsänderung mit 30 Minuten zu kurz sei. Im Rahmen einer Neufassung der Geschäftsordnung des Bundestages planen die Koalitionsfraktionen eine Reihe von Reformen. So soll etwa das Ordnungsrecht verschärft und das Fragerecht im Plenum geändert werden. Auch das Wahlverfahren von Bundestagsvizepräsidenten soll neu organisiert werden.

Vor diesem Hintergrund warf Brandner den übrigen Fraktionen vor, die Geschäftsordnung „zurechtzubiegen, um die Alternative für Deutschland weiter einzuschränken. „ Es sind wirklich Abgründe, die sich da auftun in der Geschäftsordnung, die Sie sich ausgedacht haben. Trotzdem kochen Sie Ihr Kartellsüppchen im Geheimen weiter zulasten der Demokratie, zulasten eines lebendigen Parlamentarismus.“

Ebenfalls am Mittwoch kam es zur Befragung der Bundesregierung. Stephan Brandner stellte hier folgende Frage an die Bundesministerin Dr. Stefanie Hubig:

„Das Verfahren, das Sie ansprechen, ist, dass die Altparteien das Bundesverfassungsgericht unter sich aufgeteilt haben, also pro Senat dreimal CDU/CSU, dreimal SPD, einmal Grüne, einmal Linke. Wie finden Sie das Verfahren und halten Sie dieses Verfahren, also sich das Bundesverfassungsgericht zur Beute zu machen als Parteien, wirklich für allzu schützenswert?

Für Transparenz und Aufklärung sorgen – Der Öffentlichkeit einen vollständigen Überblick über die deutschen Zahlungen an internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen vorlegen“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion den der Bundestag am Mittwoch erstmals beraten hat.



**STEPHAN
BRANDNER**

Rückblick Plenum 16. Oktober

Die AfD-Fraktion ist am Donnerstag mit einem Antrag zu einem „Antifa-Verbot“ auf entschiedene Ablehnung der anderen Fraktionen gestoßen. Während ihr dabei von SPD, Grünen und Linken vorgehalten wurde, rechtsextreme Bestrebungen zu befördern, kritisierte Martin Hess (AfD), dass in deren Reihen „Sympathisanten, Unterstützer und Förderer der Antifa“ säßen. Stephan Brandner sagte: „Es bedarf dringend staatlichen Handelns, die Verbrecher zu identifizieren, dingfest zu machen, anzuklagen und zu verurteilen. Und dafür steht leider nur die Alternative für Deutschland, weil wir die einzige politische Kraft sind, die glaubwürdig jede Art des Extremismus und jede politische Gewalt ablehnt, gleichgültig ob sie rot, braun oder grün ist. Es gibt keinen guten Terrorismus. Es gibt keine guten Brandanschläge.“

Der Bundestag hat am Donnerstag, 16. Oktober 2025, eine Neufassung seiner Geschäftsordnung beschlossen. Dafür stimmten CDU/CSU und SPD, dagegen die AfD und die Linksfraktion. Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Stefan Seidler (SSW) enthielten sich. Stephan Brandner sagte in seiner Rede: „Es geht um einen Frontalangriff auf die Opposition, um einen Frontalangriff auf das freie Mandat und um einen Frontalangriff auf die Fraktionen hier im Haus. Das ist wirklich durchschaubar, schäbig und erbärmlich, was Sie hier abgeliefert haben und abliefern wollen.“

Vor dem Hintergrund der am letzten Oktoberwochenende erneut anstehenden Zeitumstellung von Sommer- auf Winterzeit hat die AfD-Fraktion zwei parlamentarische Initiativen vorgelegt. Stephan Brandner sagte dazu: „Die Überschrift „Zeitumstellung“ ist auch ein bisschen falsch. Zeitumstellung wollen wir ja gar nicht, sondern wir wollen keine Zeitumstellung. Es ist ein Antrag, mit dem wir endlich den weiten Bürgerwillen umsetzen und das leidige Umstellen der Uhrzeit, das uns ja am 26. Oktober wieder bevorsteht, beenden wollen.“ Wir wollen, dass Deutschland sich auf die Seite der Bürger stellt und den Mehrheitswillen der Bürger berücksichtigt.“



Rückblick Plenum 17. Oktober

Der Bundestag hat am Freitag erstmals über die Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund) debattiert. Ruben Rupp (AfD) verwies darauf, dass 60 Prozent der Bürokratie aus der Europäischen Union kämen. Das „Bürokratiemonster EU“ könne so in dieser Form nicht weiter existieren, „wenn Deutschland sich noch durchsetzen will in dieser Welt“, sagte der AfD-Abgeordnete.

Der Bundestag hat am Freitag erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Privatsphäre schützen – Nein zur EU-Chatkontrolle“ beraten. Der Vorschlag, der mit dem Ziel des Kinderschutzes angetreten sei, würde nach Ansicht der AfD-Fraktion in seiner jetzigen Entwurfsversion im Bereich der Chatkontrolle zu einer anlasslosen und umfassenden Überwachung der privaten Kommunikation aller Bürger führen. Die Bundesregierung sollte sich stattdessen für „grundrechtskonforme, zielgerichtete Maßnahmen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ einzusetzen.

Noch liegt kein Gesetzentwurf dazu vor, aber die Debatte am Freitag über den Antrag der Linken zum Arbeitszeitgesetz dürfte einen Vorgeschmack auf die parlamentarischen Diskussionen über das Reformvorhaben der Bundesregierung an eben jenem Gesetz geliefert haben. Peter Bohnhof (AfD) warf der Linken vor, den „kapitalistischen Teufel“ an die Wand zu malen und aus dem Arbeitszeitgesetz ein Blockade-Gesetz machen zu wollen. Gleichzeitig bezeichnete er die Regierungs-Pläne als „Luftnummer“, weil es schon heute genug Möglichkeiten gebe, vom Acht-Stunden-Tag abzuweichen.



Unsere nächsten Termine



21. Oktober 2025

Sprechstunde

Gera

Stephan
BRANDNER

 **Dienstag, 21. Oktober 2025**

 **Wahlkreisbüro Gera**
Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

 **Anmeldung unter**
stephan.brandner.ma04@bundestag.de





Oswald
GMEINER

Stephan
BRANDNER

Thomas
TROMMER

Windkraft stoppen, Verkehr entlasten!

Dienstag, 21. Oktober
16:30 Uhr

Lässig Park (Kreuzung B2/B175)
Großbebersdorf

AfD

AfD Kreisverband Landkreis Greiz © i.S.d.F. AfD Kreisverband Greiz, Platz der Freiheit 8, 07570 Weida

BÜRGERDIALOG

»DEUTSCHLAND IN EUROPA«

23.10.2025

AB 18:00 UHR

 **Ronneburg im**
«Lokschnitten»



STEPHAN
BRANDNER
MdB

RENÉ AUST
MdEP

 **ESN** EUROPE OF SOVEREIGN NATIONS

© i.S.d.F. AfD Kreisverband Greiz, Platz der Freiheit 8, 07570 Weida

Lena **KOTRÉ**
MdL, Wahlkreisabgeordnete

Stephan **BRANDNER**
MdB, stellv. Bundessprecher

Matthäus **MIKOLASZEK**
Landratskandidat für den Barnim



Brandner kommt

zum Bürgerdialog

Dienstag, 25. November 2025
18:30 Uhr

16356, Ahrensfelde OT Blumberg
Stufensaal, Schloßstraße 7

AfD

Ortsverband Ahrensfelde

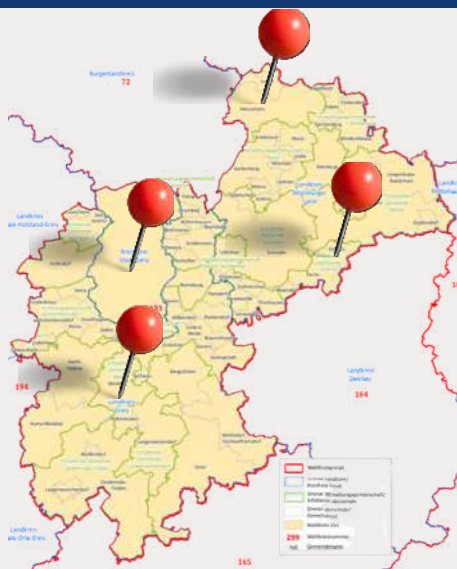


STEPHAN
BRANDNER

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuschwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuschwitz
✉ meuschwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

